



Friedrich Haag

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion

Friedrich Haag MdL · Konrad-Adenauer-Str. 3 · 70173 Stuttgart

Seite 1/1

Stuttgart, 10. April 2024

Friedrich Haag MdL
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion
Wohnungsbaupolitischer Sprecher
der FDP/DVP-Fraktion
Mitglied im Verkehrsausschuss

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp-fraktion.de
www.friedrich-haag.de

facebook.com/haagfdp
instagram.com/haagfdp

Landtagsbüro
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 3
Besuchereingang:
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart
T: 0711 2063 9240

Wahlkreisbüro
Weißenburgstr. 29
70180 Stuttgart
T: 0711 9459 1111

PRESSEMITTEILUNG

Haag: Keine LEA in Stuttgart

Standorte für Wohnraum und Unternehmen nutzen

Zur Meldung, dass die Landeshauptstadt Stuttgart neben dem ehemaligen IBM-Areal in Stuttgart-Vaihingen nun weitere Standorte in Heslach, Weilimdorf und Obertürkheim für eine Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) prüfen will, sagt der Stuttgarter FDP-Landtagsabgeordnete Friedrich Haag:

„Das Geld wäre besser in den Wohnungsbau und die lokale Wirtschaft investiert. Ob am Ende das Land oder die Stadt für den Umbau zu einer LEA zahlt – das Geld dafür kommt aus der Tasche der Steuerzahler. Wir brauchen in Stuttgart dringend Wohnungen für Fachkräfte, für Studenten und Auszubildende, Familien und Senioren. Standorte wie das Schoettle-Areal bringen auch ein erhebliches wirtschaftliches Potential für die Entwicklung des urbanen Raums.

Wir müssen in der Landeshauptstadt langfristig denken und alles dafür tun, dass Wohnraum geschaffen wird. Auch Jobs und Wertschöpfung müssen in der Stadt bleiben – mit LEAs lassen sich diese Ziele definitiv nicht erreichen. Deshalb muss eine LEA in Stuttgart verhindert werden.

Gleichzeitig müssen wir irreguläre Migration bekämpfen, um unsere Kommunen zu entlasten. Eine LEA in Stuttgart würde mehr Flüchtlinge bedeuten statt weniger, wie einige Befürworter behaupten. Die Bedenken der Anwohner zur Erhaltung des sozialen Friedens, der Sicherheit und der Versorgung mit sozialen Dienstleistungen müssen wir ernst nehmen.“